

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/72

14. April 1976

Tatkräftige Bundeshilfe für die Mittelstandswirtschaft

Der Verlustrücktrag kann nun endlich in Kraft treten

Von Dr. Hans Apel MdB

Bundesminister der Finanzen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 68 Zeilen

Wächter für die Grundrechte der Familie

Grundsätzliche Feststellungen zur Familienpolitik der SPD

Von Elfriede Eilers MdB

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Mitglied des Vorstandes der Bundestagsfraktion und des Präsidiums der SPD

Seite 3 / 29 Zeilen

Auf die Leistung kommt es an

Die Qualität sozial-liberaler Regierungsarbeit dringt wieder ins öffentliche Bewußtsein

Seite 4 und 4a / 63 Zeilen

Doppelkopf & la Strauß

Der CSU-Chef pokert mit der Trumpfkarte "Vierte Partei"

Von Lother Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 5 und 6 / 58 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 81 37 - 38
Telefax: 06 69 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnar Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Tatkräftige Bundeshilfe für die Mittelstandswirtschaft

Der Verlustrücktrag kann nun endlich in Kraft treten

Von Dr. Hans Apel MdB

Bundeminister der Finanzen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Am 9. April 1976 hat der Bundesrat dem von den Koalitionsfraktionen bereits am 21. Januar im Bundestag eingebrachten Gesetz zur Änderung des Einkommenssteuergesetzes zugestimmt. Der Einführung des Verlustrücktrages und der Ausdehnung des bereits bestehenden Verlustvortrags auf alle Einkunftsarten steht also nichts mehr im Wege. Es lohnt sich, den Beratungsablauf dieses Gesetzes zurückzuverfolgen, weil hier die Diskrepanz zwischen dem, was die Opposition sagt und was sie tut, deutlich zutage tritt.

Mitte Januar hatte die Bundesregierung beschlossen, im Steuerrecht künftig auch die Möglichkeit des Verlustrücktrages als Dauerregelung zuzulassen und darüberhinaus die bereits bestehende Möglichkeit des Verlustvortrags auf sämtliche Einkunftsarten auszudehnen. Anlaß für die Maßnahme der Bundesregierung waren die Verluste, die bei einer Reihe von insbesondere mittelständischen Unternehmen im Gefolge der weltweiten Rezession aufgetreten waren und zu Liquiditätsanpannungen geführt haben. Die Koalitionsfraktionen hatten am 21. Januar dem Bundestag einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt. Diese Einbringung durch die Fraktionen von SPD und FDP war gewählt worden, um das Gesetzgebungsverfahren im Interesse der Steuerpflichtigen, vor allem also der mittelständischen Wirtschaft, zu beschleunigen. Sie sollten möglichst schnell Gelegenheit erhalten, den Verlustrücktrag zu nutzen.

Nach Abschluß der notwendigen Ausschußberatungen hatte der Bundestag den Gesetzesentwurf am 12. Februar einstimmig angenommen. Da das Gesetz zustimmungsbedürftig ist, mußte sich auch der Bundesrat damit befassen. Er beschloß am 20. Februar, den Vermittlungsausschuß anzurufen, um Änderungen durchzusetzen, die sowohl zu einer Komplizierung des Verfahrens als auch zu höheren Stuerausfällen geführt hätten. Der Vermittlungsausschuß hat dann jedoch am 11. März beschlossen, die vom Bundestag am 12. Februar verabschiedete Gesetzesfassung zu bestätigen. Daraufhin hat der Bundesrat jetzt seine Zustimmung erteilt. Man muß sich nun fragen, was von einer derartigen Verzögerungstaktik des Bundesrates, in dem die von der Union geführten Länder die Mehrheit haben, zu halten ist und was sie bezwecken sollte. Die CDU/CSU, die vorgibt, die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen

zu vertreten, hat die mittelständischen Betriebe nur verunsichert und sie einige Wochen in Unklarheit über künftige steuerrechtliche Regelungen gelassen.

Das Verfahren des Verlustrücktrages ist relativ einfach: Der Verlust eines Jahres wird von der Summe der Einkünfte des vergangenen Jahres abgezogen. Erstmals ist dies für Verluste des Jahres 1975 möglich. Es spielt dabei keine Rolle, ob der Steuerbescheid des Jahres 1974, der durch den Verlustrücktrag aus 1975 korrigiert wird, bereits rechtskräftig geworden ist oder nicht. Es gibt kein Wahlrecht zwischen Verlustvortrag und Verlustrücktrag. Zunächst wird vom Finanzamt immer ein Verlustrücktrag vorgenommen. Dies ist allerdings nicht unbegrenzt, sondern nur bis zu einer Verlusthöhe von fünf Millionen DM möglich. Diese Grenze ist gezogen worden, um die haushaltsmäßigen Auswirkungen in Grenzen zu halten. Für kleine und mittlere Unternehmen dürfte sie in den meisten Fällen ohnehin bedeutungslos sein. Sollten aber Verluste von mehr als fünf Millionen DM eintreten, so bleibt es für die über diesen Betrag hinausgehenden Verluste bei dem bereits bisher möglichen Verlustvortrag auf die fünf folgenden Jahre.

Mit der Einführung des Verlustrücktrags als Dauerregelung und mit der gleichzeitigen Ausdehnung des Verlustvortrags auf alle Einkunftsarten wird die Mittelstandspolitik der Bundesregierung um einen weiteren wichtigen Bestandteil ergänzt. Im steuerlichen Bereich waren bereits im Rahmen der Steuerreform durch Anhebung einer Reihe von Freibeträgen Entlastungen eingetreten. Die ERP-Mittel zur Vergabe zinsgünstiger Kredite sind von Jahr zu Jahr aufgestockt worden. Das gleiche gilt für die aus dem Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel zur Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen. Zu nennen sind auch die Stärkung der Wettbewerbsposition der mittelständischen Wirtschaft durch die Novellierung des Kartellgesetzes sowie die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige.

Ich bin überzeugt, daß die mittelständische Wirtschaft die hier und dort aufgetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgrund ihrer Leistungsbereitschaft und Anpassungsfähigkeit bewältigen wird. Der durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung erreichte Aufschwung und die speziell mittelstandspolitischen Maßnahmen, zu denen nun auch der Verlustrücktrag gehört, sind dabei eine wichtige Hilfe zur Selbsthilfe.

(-/14.4.1976/Se/e/pr)

Wächter für die Grundrechte der Familie

Grundsätzliche Feststellungen zur Familienpolitik der SPD

Von Elfriede Eilers MdB

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Mitglied
des Vorstandes der Bundestagsfraktion und des Präsidiums der SPD

In den letzten Tagen und Wochen häufen sich die "richtungsweisenden" Erklärungen der CDU-Politikerin Dr. Helga Wex MdB zur CDU-Familienpolitik als "Alternative zur sozialistischen Familienpolitik" der SPD und der von ihr geführten Bundesregierung. Noch unter dem Eindruck des jüngsten Landtagswahlergebnisses von Baden-Württemberg versucht Frau Wex, den ihrer Auffassung nach erfolgreichen Slogan "Freiheit oder Sozialismus" (ist das ein Widerspruch?) auch in die familienpolitischen Auseinandersetzungen einzubringen.

Die SPD hat nie Zweifel daran gelassen, daß sie mit ihrer Familienpolitik Bedingungen schaffen will, die es Familien ermöglichen, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. In diesem Sinne ist sozialdemokratische Familienpolitik ein integrierender Bestandteil einer umfassenden Gesellschaftspolitik. Sie wird deshalb als eine Politik für Familien in allen Bereichen der Gesellschaftspolitik berücksichtigt.

Sehr eindrucksvoll wird der Erfolg dieser Bemühungen dokumentiert durch die Aussage des Sozialberichts der Bundesregierung, der ausweist, daß die familienpolitischen Leistungen, Kindergeld, Steuerermäßigung, Familienzuschläge im öffentlichen Dienst und Jugendhilfe - gegenüber 1974 um 25,9 vH auf 54 Millionen DM gestiegen sind. Nimmt man Leistungen wie die Ausbildungsförderung und verbesserte Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung für Familien hinzu, ergibt sich ein Betrag von mehr als 75 Milliarden DM. Der Sozialbericht macht auch sehr deutlich, was alles direkt oder indirekt an sozialen Aufwendungen für die Familien erfolgte. Diese materiellen Hilfen bedeuten zur gleichen Zeit, daß Familien ihren persönlichen Freiheitsraum besser gestalten können als das vorher der Fall war. Individuelle Freiheiten werden somit neu eröffnet und garantiert.

Wir können mit dem bisher Erreichten zufrieden sein. Weitere notwendige Maßnahmen werden im Tempo und Umfang nicht zuletzt von der Bewältigung weltwirtschaftlicher Probleme und ihren Auswirkungen auf die langfristige Entwicklung der Bundesrepublik bestimmt werden.

Solange die CDU nicht erkennt, daß auch "Familie" nicht etwas für alle Zeiten Unwandelbares ist, sondern wie alle Organisationsformen für menschliches Zusammenleben einem dauernden Prozeß und ständiger Wandlung unterworfen ist, wird sie nicht in der Lage sein, die tatsächlich erforderlichen Leistungen für die Familien zu erbringen. Die CDU versucht in vielen Gesetzgebungen durch Reglementierungen Freiheitsräume auch der Familie einzuengen. Das haben wir erlebt im Sexualstrafrecht, in der Reform des § 218 und in der Eherechtsreform. Sozialdemokraten werden sich immer zum Wächter für die Grundrechte der Familie machen.

(-/14.4.1976/Se/e/er)

Auf die Leistung kommt es an

**Die Qualität sozial-liberaler Regierungsarbeit
dringt wieder ins öffentliche Bewußtsein**

Die beherrschende Thematik des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes ist nüchternen und sachlichen Charakters. Die Auseinandersetzung wird sich um die fest umrissene Frage drehen: Welche politische Kraft, konservativ oder sozial-liberal, kann die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der hochentwickelten Industriegesellschaft Bundesrepublik Deutschland besser meistern und somit den Menschen in unserem Staate jenen Rahmen erhalten und ausbauen, der ein Leben in einer Qualität ermöglicht, wie sie nicht nur in der deutschen Geschichte bisher einmalig ist, sondern auch im weltweiten Vergleich eine Spitzenposition einnimmt.

Der konkrete Inhalt dieser Frage kann freilich keine Gewähr bieten, daß der Wahlkampf selbst sachlich und fair geführt wird. Es ist eher zu befürchten, daß jene, die sich unschwer ausrechnen können, in der harten Konkurrenz der Leistungen nicht eben als die Stärksten zu bestehen, auf das Schlachtfeld der Polemik, der Diffamierung, der Angriffe aus dem Hinterhalt auszuweichen versuchen, wo sie sich mehr Erfolg versprechen. Ob aber der Wähler ihnen dieses taktische Ausweichen ins Regellose, Unkontrollierbare erlaubt, das ist doch sehr fraglich.

Ausländische Beobachter der internationalen politischen Szene stellen schon seit geraumer Zeit die Frage, wie es eigentlich möglich sei, daß eine Regierung, die für alle Augen ersichtlich und nachprüfbar mit dem enormen Problem der schwersten Weltwirtschaftskrise seit Kriegsende besser fertig wurde als die Führungen aller anderen ökonomisch relevanten Staaten, nicht sicher sein könne, ob sie nicht von einer Opposition abgelöst werden, die erweisenermaßen konzeptionslos, in prinzipiellen Fragen des politischen Kurses heillos zerstritten ist und ihre Chance nicht im konstruktiven Wettbewerb, sondern nur in abblockender, oft zerstörerischer Konfrontation zu suchen

wagt. Mit den immer deutlicher zutage tretenden Anzeichen des inzwischen auch wissenschaftlich bezeugten neuen Wirtschaftsaufschwungs scheinen sich nun allerdings auch die Bürger der Bundesrepublik in steigendem Maße diese Frage zu stellen. Es ist dabei plausibel und konsequent, daß sich das anbahnende Stimmungshoch für die sozial-liberale Regierungseleistung zuerst in bezug auf den Kanzler bemerkbar macht.

Nach jüngsten Repräsentativumfragen der demokratischen Institute infas und infatest führt Bundeskanzler Helmut Schmidt mit 50 bzw. 53 vH mit weitem Abstand vor dem Kandidaten der Union Dr. Helmut Kohl (37 bzw. 33 vH) im Anssehen der Wähler. Auch die Arbeit der Bundesregierung wird überwiegend als gut bewertet, während Koalitionsparteien und Opposition gegenwärtig in der Gunst der Wähler noch Kopf an Kopf im Rennen liegen.

Das Problem der Sozialdemokraten, zwar Leistungen eindeutig zu erbringen, aber beim Bürger nicht unbedingt damit identifiziert zu werden, ist hier nicht zu übersehen. Die Querelen einiger Gruppen in der SPD, die verglichen mit den grundlegenden Kämpfen in der Union um den gesellschaftspolitischen Kurs, eher banal sind, aber dennoch weite Kreise der Bevölkerung abschrecken, haben dieses Phänomen, an dem der historische Prozeß (präziser: sozialdemokratische Regierungsarbeit) doch schon wesentlichen Abbau bewirkt hat, vorübergehend wieder aufleben lassen.

Die Bürger erwarten von ihrer Regierung - auch das bestätigen die jüngsten Umfragen - vor allem anderen wirtschaftliche und soziale Sicherheit sowie die Stabilität des demokratisch verfaßten Staates und der Gesellschaft, die ihnen die persönliche Freiheit gegen jegliche Übergriffe sichert. Dies sind freilich die Hauptaufgaben jeder vernünftigen und humanen Politik. Unter größeren Bedrohungen dieser Werte als je zuvor in der Nachkriegszeit hat die SPD unter Beweis gestellt, daß sie die politische Kraft ist, die diese Aufgaben besser bewältigt als andere. Sie wird die Chance nicht verspielen, diesen Sachverhalt im öffentlichen Bewußtsein zu verankern.

Glaus Preller

(-/14.4.1976/ve/e/pr)

+ + +

Doppelkopf à la Strauß

Der CSU-Chef pokert mit der Trumpfkarte "Vierte Partei"

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Die CSU läßt das Eisen der "Vierten Partei" im Feuer. Sie ist der Joker, den der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß bei Bedarf zeigen oder ziehen kann, um seiner Kommandogewalt in der Opposition Nachdruck zu verleihen. Er betrachtet sie nicht nur als politisches, sondern auch als persönliches Züchtigungsinstrument gegenüber Abweichlern von den Richtlinien des grossen Vorsitzenden. In diesem Sinne war der wütende Strauß vor einem Monat - nach der Zustimmung aller Ministerpräsidenten von CDU und CSU im Bundesrat zu den Polen-Vereinbarungen - ernsthaft versucht, seine Fünfte Kolonne für eine bundesweite CSU mobil zu machen, um sein Mütchen zu kühlen.

In der Nacht zum 13. März machten ihm jedoch seine Berater klar, was ihm die Delegierten eines CSU-Parteitages in München am Morgen vorführten: Zeitpunkt und Anlaß für ein solches Unternehmen waren nicht günstig. Instinkteicher verzichtete Strauß auf einen offenen Dressurakt. Daß Gefahr im Verzuge gewesen war, hatte man in der CDU dennoch mitbekommen: Am 16. März forderte der Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Albrecht Heisinger, die CSU zu einer "besonders deutlichen Distanzierung" gegenüber einer "Vierten Partei" auf. Dies sei deshalb notwendig, weil sich die "Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" darauf berufe, CSU-Politik verwirklichen zu wollen. Die Antwort war vielsagendes Schweigen. Und nach einem ersten gemeinsamen Parteitag der Aktionsgemeinschaft am 4. April in Bonn ließ die CSU-Landesleitung erklären, daß man sich natürlich über die dortigen Sympathiekundgebungen für die Politik und den Vorsitzenden der CSU freue. Beschwichtigend wurde hinzugefügt, daß dies jedoch nichts an der Haltung der CSU ändere, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung von CDU und CSU am 17. November 1975 zum Ausdruck gekommen sei. Darin hatte es geheissen, daß für eine "Vierte Partei" auf Bundesebene kein sinnvoller politischer Platz

vorhanden sei, solange die beiden Unions-Parteien in allen entscheidenden Bereichen gemeinsam und geschlossen auftreten.

Mit dieser Gummiformel hat der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl die Zustimmung der CSU zum zweitbesten Kanzlerkandidaten der Opposition erkaufen müssen und sich damit ihren Fraktionen ausgeliefert. Das bisherige Ergebnis ist die beherrschende Rolle der innen- und aussenpolitischen Scharfmacher Strauß, Garstens, Dregger, Filbinger und Anhang bei der Anlage des Bundestagswahlkampfes, der nach dem Muster von Baden-Württemberg die wüsten Verteufelungskampagnen der Union in den fünfziger Jahren wiederholen soll. Wenn der CDU-Vorsitzende und sein Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf noch von einem "argumentativen Wahlkampf" reden und gleichzeitig verkünden, daß die Gespensterformel "Freiheit oder Sozialismus" das zentrale Thema der Auseinandersetzung sein wird, dann spricht das Bände. In dieser Situation muß es in den Ohren der beiden Feldherren ohne Hügel wie kalter Hohn klingen, wenn CSU-Landesgruppen-Chef Richard Stücklen jetzt die Initiatoren der "Aktiongemeinschaft Vierte Partei" als tumbe Toren mit "lauteren Absichten" hinstellt und ihnen schlitzhörig das Absatteln ihres "falschen Pferdes" empfiehlt. So spielt die CSU mit Hilfe der "Vierten Partei" Doppelkopf für sich und Schafskopf mit der offiziellen CDU-Spitze.

Nicht wenige Anzeichen sprechen dafür, daß Franz Josef Strauß seine bewährte Trumpfkarte weiterhin in der Hinterhand behält. Wie hoch er das AVP-Blett ausreizen will, wird sich endgültig erst zum Fristablauf für die Einreichung der Landeslisten für die Bundestagswahl 1976 herausstellen. Wer Zweifel an der organisatorischen Möglichkeit anmeldet, kurzfristig mit einer bundesweiten CSU zur Wahl anzutreten, bekommt von Insidern den nachsichtigen Hinweis: "Den CSU-Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Dr. Franz Heubl als Spitzenkandidaten für die umgetaufte AVP-Landesliste nach NRW delegiert, und die Sache wäre dort schon mal geritzt!"

Wenn Franz Josef Strauß einen solchen Coup, den er schon seit Jahren von Soziologen und Wahlstatistikern durchkalkulieren läßt, zum eigenen Vorteil inszenieren kann, dann dürfte er sich von einem Veto der CDU wohl kaum davon abhalten lassen. (-/14.4.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller